



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

Neue Mannheimer Zeitung. 1924-1943 1925

364 (8.8.1925) Abend-Ausgabe

[urn:nbn:de:bsz:mh40-223023](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-223023)

Neue Mannheimer Zeitung

Mannheimer General-Anzeiger

Belegpreis: In Mannheim und Umgebung drei bis fünf Pfennig, in den übrigen Orten vier bis fünf Pfennig. Bei Abnahme von 100 Exemplaren 25% Rabatt. Bei Abnahme von 500 Exemplaren 35% Rabatt. Bei Abnahme von 1000 Exemplaren 45% Rabatt. Bei Abnahme von 2000 Exemplaren 55% Rabatt. Bei Abnahme von 5000 Exemplaren 65% Rabatt. Bei Abnahme von 10000 Exemplaren 75% Rabatt. Bei Abnahme von 20000 Exemplaren 85% Rabatt. Bei Abnahme von 50000 Exemplaren 95% Rabatt. Bei Abnahme von 100000 Exemplaren 100% Rabatt.

Anzeigenpreise nach Tarif, bei Vorauszahlung pro Anzeigenspalt für 1000 Exemplare 1,50 M., für 500 Exemplare 1,00 M., für 250 Exemplare 0,75 M., für 100 Exemplare 0,50 M., für 50 Exemplare 0,30 M., für 25 Exemplare 0,20 M., für 10 Exemplare 0,15 M., für 5 Exemplare 0,10 M., für 2 Exemplare 0,05 M., für 1 Exemplar 0,02 M.

Beilagen: Sport und Spiel · Aus Zeit und Leben · Mannheimer Frauen-Zeitung · Unterhaltungs-Beilage · Aus der Welt der Technik · Wandern und Reisen · Gesetz und Recht

Die heutige Sturmfixung des Reichstags

Rückblick und Vorschau

Eine Kanzlerrede über die Zollfragen

Berlin, 8. Aug. (Von unserem Berliner Büro.) Das Gewitter, das sich gestern im Reichstag angekündigt, und heute früh in den Blättern zusammengezogen hat, ist nun in den Vormittagsstunden im Reichstagsplenum niedergegangen. Schon zu Beginn, als sich der Saal so ziemlich bis auf den letzten Platz gefüllt und auch das Kabinett sich fast vollständig an der Regierungstrade versammelt hatte, schlug die Gewitterstimmung alles in Bann. Es ging auch sofort los, als der Präsident erklärte, daß ein Antrag der Regierungsparteien, die Redezeit bei der Zollvorlage für jede Fraktion auf insgesamt 4 Stunden zu beschränken, vorliege. Davon soll eine Stunde für die Generaldebatte verwendet werden, 2 Stunden auf die Industrie- und Agrarzölle und eine Stunde auf die anderen Zollangelegenheiten. Raum hatte Herr Lohse das mitgeteilt, da entstand, wie zu erwarten, bei den Sozialdemokraten und vor allem bei den Kommunisten

die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft könne ein Volk nicht leben. Auch der Gesichtspunkt der Wirkung für die große Masse wird im Auge behalten werden. Die Bevölkerung müsse vor allem, um leben zu können, Arbeitsmöglichkeit haben.

Hier brach von neuem ein ohrenbetäubender, fürchterlicher Lärm los, der den Kanzler doch aus der Ruhe bringt. Er sagt, auf die Kommunisten weisend: „Das deutsche Volk ist wirklich beklagenswert. In diesem Augenblick stürmen die Kommunisten an die Tribüne und es hat den Anschein, als ob sie handgreiflich werden wollten. Herr Lohse, der sich bisher nur auf Ordnungsrufe beschränkte, schwenkt unausgesetzt die Glocke und erklärt endlich, als sich der Sturm ein wenig gelegt hat, mit vor Erregung heiserer Stimme, er werde jetzt von dem letzten geschäftsordnungsmäßigen Mittel Gebrauch machen. Das wirkt. Die Kommunisten ziehen sich auf ihre Plätze zurück und der Kanzler kann fortfahren. Wichtig sei vor allem die Schaffung einer gewissen Sicherheit der Produktionsgrundlage. Dies sei der Zweck der Zollgesetzgebung. Als der Kanzler die Notwendigkeit betont, die Lage der Verbraucherschaft zu berücksichtigen, zumal ein großer Teil der deutschen Bevölkerung in ärmerlichen Verhältnissen lebe, bricht von neuem Lärm los. „Fast hat es den Anschein, als wolle der Präsident den Saal verlassen und damit die Sitzung aufheben. Aber er resigniert und blüht um Ruhe und wartet mit dem Kanzler bis der Lärm vorbei ist. Zur Verbilligung der Lebensmittel werde die Reichsregierung die Ermäßigung der Umsatzsteuer bereits am 1. Oktober eintreten lassen. Die beiden bisherigen Entungen der Umsatzsteuer hätten auf die Preise eine hinreichende Wirkung gehabt. Die Lage der Wirtschaft lasse die Erwartung zu, daß die preissteigernden Ursachen in Zukunft weggelassen würden, und zum Schluß seiner Rede richtete der Kanzler

ein ungeheurer Lärm

und ein Redner nach dem anderen bestieg die Tribüne, um gegen das Vorgehen der Mehrheit zu protestieren.

Sodann verkündete Herr Müller-Frank in möglichem Tone, daß seine Partei mit allen geschäftsordnungsmäßigen Mitteln sich dagegen wehren werde.

Für die Regierungsparteien begründete der Abg. Scholz einen Antrag, die Mehrheit habe nur von dem guten Recht als Mehrheit Gebrauch gemacht und dem Ausschuss eine sehr ausgiebige Zeit gegeben, zu allen einzelnen Tarifpositionen irgendeine Stellung zu nehmen. Wenn im Plenum alle Einzelheiten wiederholt werden sollen, dann hätten die Ausschussberatungen überhaupt keinen Zweck. (Lobender Lärm auf der Linken.)

Nach einmal warnt der demokratische Führer Dr. Koch die Mehrheit vor dem Wege, den sie beschritten habe. Er sei bedenklich und gefährlich, weil er die Bedenken nicht entseelt hätte.

Die nun folgenden kommunistischen und sozialdemokratischen Redner schlugen immer heftigere Töne an, jedoch die Erregung auf den Banken der Opposition immer größer wurde. Sie konnten auch nicht durch die beschwichtigenden Worte des Zentrumsführers Fehrenbach beruhigt werden, als er die Unmöglichkeit weiter ausgedehnter Verhandlungen betonte. Es handelte sich um ein Provisorium, das notwendig sei als Unterlage für unsere Handelsverträge. Un irgend eine Änderung im Plenum sei gar nicht zu denken.

Nun stellen die Kommunisten einen Vertagungsantrag für eine Stunde. Des wird abgelehnt mit der Antrag des Regierungsvorsitzenden auf Beschränkung der Redezeit gegen Sozialdemokraten, Kommunisten und Demokraten angenommen. Darauf nimmt

der Kanzler Dr. Luther das Wort.

Er verliest eine Erklärung, indem er sich streng an das Manuskript hält, obwohl er oft und lange durch Zwischenrufe und Lärm unterbrochen wird. Schon bevor er begonnen hat, tönen ihm Rufe „Berräuber“, „Zöllner“, und „Räuberhauptmann“ entgegen. Die Kommunisten erheben sich, nach wieder mindestens ein oder zwei Ordnungsrufe. Der Reichskanzler läßt sich aber nicht stören und steht und wartet ruhig, bis der Lärm sich gelegt hat. Er weist darauf hin, daß die Steuervorlage als eine feste Grundlage für den Wiederaufbau in angestrengter Arbeit erledigt ist. Zahlreiche sozialpolitische Arbeit habe diese schwer belastete Logung hinter sich gebracht. Im Interesse der Weiterentwicklung der deutschen Wirtschaft bedürfe die Reichsregierung aber noch der Zollvorlage. Auch er weist auf den provisorischen Charakter der Zollgesetzgebung hin. Der Gesetzesentwurf sei ausdrücklich auf die Zeit bis 31. Juli 1927 beschränkt worden. Die Regierung werde dafür Sorge tragen, sobald wie möglich dem Reichstage ein endgültiges Zolltarifgesetz zu unterbreiten. Deutschland müsse, nachdem das System der einseitigen Reißbegünstigung endlich fortgefallen sei, sich schnell von der Politik einer obrigkeitlichen Regelung der Ein- und Ausfuhr abwenden und zum System der Handelsverträge zurückkehren. Nur auf dem Weg des ordentlichen Warenverkehrs mit dem Auslande könne die Ernährung der deutschen Bevölkerung und die Befolgung der deutschen Wirtschaft und die Erfüllung der im Londoner Abkommen übernommenen Verpflichtungen erreicht werden. Deutschland habe nicht den Wunsch, seine Wirtschaft auf der Grundlage hoher Zollmauern zu entwickeln. Deutschland könne von sich aus den Weg der Zollfreiheit nicht gehen, solange andere Länder noch ein ausgeprägtes Schutzsystem aufrecht erhalten. Deutschland müsse dafür Sorge tragen, daß es von der großen Gefahr der fortwährenden Passivität der Handelsbilanz befreit werde. Bei unseren Handelsverträgen wird also jetzt festgelegt werden, wie hoch die Zollsätze in Wirklichkeit sind. Mit Ausnahme der Mindestsätze seien in der Zollvorlage die autonomen Sätze vorgegeben. Die Agrarzölle sind auf die normale Höhe geregelt worden. Hier unterbricht den Kanzler zum erstenmal ein lang andauernder Lärm. Die zollfreie Einfuhr einer erheblichen Menge Getreidestärke biete eine Erleichterung für die Verbraucher. Die gegen die Zollvorlage erhobenen Einwendungen gingen davon aus, daß für Deutschland eine zollfreie Wirtschaft zuträglich wäre, aber das Reich befände sich in einer Zwangslage durch das Zollschutzsystem der Anderen. Ohne

einen Appell an gewisse Kreise.

der fast wie eine Volksschau klinge: „Ich richte heute von dieser Stelle aus an alle Stellen des wirtschaftlichen und öffentlichen Lebens und namentlich an die Länder und Gemeinden die dringende Aufforderung, die Reichsregierung bei ihrem Bestreben, eine grundsätzliche Wendung in der Preisgestaltung herbeizuführen, zu unterstützen. Wettbewerb und das gute Beispiel sind die entscheidenden Kräfte, auf deren Auswirkung auch die Reichsregierung hinwirken muß. Neben der Arbeit der öffentlichen Gewalten bietet sich hier ein weiteres Betätigungsfeld für die volkswirtschaftliche Einsicht und die vaterländischen Denker der wirtschaftlichen Organisationen. Dem Zollkompromiß stimmt die Reichsregierung zu. Es bringt eine Reihe von Verbesserungen der Regierungsvorlage. Die anderen Änderungen glaubt die Regierung im Rahmen dieses vorläufigen Gesetzes als tragbar bezeichnen zu können. Von entscheidender Wichtigkeit ist aber, daß die Zollvorlage jetzt in unmittelbarem Anschluß an die Aufwertung und Steuergesetze verabschiedet wird, damit die Reichsregierung für die Handelsverträge eine feste Grundlage zum Aufbau der deutschen Wirtschaft hat.

Vor Erregung heißt, kürzt Herr Weis von den Sozialdemokraten auf die Tribüne und beantragt neuerdings eine Unterbrechung der Sitzung auf zwei Stunden. Auch sie wird abgelehnt. Dann zieht Herr Silberding vom Leder und setzt im großen und ganzen das gestern angesprochene Duell zwischen Zentrum und Sozialdemokraten fort.

Nach dem sozialdemokratischen Redner lassen die Regierungsparteien durch einen Zentrumsgesandten eine Erklärung abgeben, die in Ton und Inhalt mit den Ausführungen des Kanzlers übereinstimmt. In ihr wird vor allem das vertrauensvolle Zusammenarbeiten der Koalitionsparteien mit der Reichsregierung betont. Die Regierungsparteien sind entschlossen, dem Gesetzesentwurf in der Fassung der Ausschussvorlage zuzustimmen.

Bei der folgenden Rede des Kommunisten Hörnie tritt die übliche Beere ein. Ansehend haben sich die Parteien zu Beratungen zurückgezogen.

Wieder Viertelsjahreszahlung an Beamte?

Gegenüber der Beratung über die Beförderungsbesserung wurde die Regierung von Vertretern der Regierungsparteien interpelliert, warum sie mit der Wiedereinführung der vierteljährlichen Gehaltszahlung noch nicht begonnen habe. Die von der Regierung gemachten Zusagen müßten unbedingt gehalten werden. Man erwarte, daß nunmehr in Kürze den Forderungen nachgegeben werde. Die Regierung erklärte, daß sie grundsätzlich bereit sei, das Gehalt vierteljährlich zu zahlen, daß aber der Zeitpunkt jetzt noch nicht günstig sei. Abg. Schulz-Steglich (Dem.) hat nunmehr einen Gesetzesentwurf eingebracht, der die Einführung der vierteljährlichen Zahlung mit dem 1. September fordert.

* Keine Vermögenssteuervorauszahlung am 15. August. Das Reichsfinanzministerium weist darauf hin, daß nach dem vom Reichstag verabschiedeten Vermögenssteuergesetz auf die Vermögenssteuer für das Kalenderjahr 1925 lediglich zwei Vorauszahlungen und zwar am 15. Februar und 15. November die Zahlungen in Höhe von je ein Viertel des im Vermögenssteuergesetz für das Kalenderjahr 1924 festgesetzten Steuerbetrages zu entrichten sind. Die sonst am 15. Mai und 15. August zu entrichtenden Vorauszahlungen bleiben also in diesem Jahre untergehen.

Der Reichstag der Arbeit — Mehrheit und Opposition — Die „reaktionäre“ Sozialdemokratie — Das Heibelberger Programm

Der Monat August fängt neuerdings an, in der politischen Geschichte Deutschlands eine besondere Rolle zu spielen. Dreimal hintereinander haben in ihm bedeutungsschwere Entscheidungen getroffen. 1923 sah er das Ende des Kabinetts Cuno und den Beginn der Reichstagsregierung Stresemanns und mit ihr den Anfang der Liquidation des verlorenen Kampfes. 1924 erlebten wir den erbitterten Kampf um die Seele der Deutschnationalen, damit das Bonadoner Abkommen rechtzeitig bis zum Monatsende unter Dach und Fach gebracht würde. Und in diesem Jahre erlebte der Reichstag in seiner übermenschlichen Arbeit das große Finanzreformgesetz, das den 7 Milliardenhaushalt des Deutschen Reiches in Ordnung bringen soll. Durch die drei Augusttagen gekennzeichnet, sehen wir eine Kampfserie vor uns, in der jetzt gewissermaßen der Ring der wirtschaftlichen Belastung abgeschlossen wird. Ob alle Blüten reifen, wird sich erst noch zu erweisen haben. Aber angesichts des Abjurgs der Einbringlinge aus der Ruhr und der nunmehr endlich bevorstehenden Befreiung auch der Sanitätsstädte darf man der Hoffnung vertrauen, daß nach Erfüllung der ersten Hälfte des Wahlversprechens der neuen durch Stresemann inaugurierten Politik „Durch Opfer und Arbeit zur Freiheit“ nunmehr der Arbeit nach der Beheimlichung, Opfer zu bringen, der Lohn der Freiheit winkt.

Arbeit, schwere und verantwortungsvolle Arbeit in bisher kaum gekanntem Ausmaß hat vor allem der Reichstag geleistet. Von den drei großen Materien der Aufwertung, der Steuerreform und der Zollgesetzgebung, sind die beiden ersten einschließlich des zeitweilig überaus kritischen Finanzausgleichs zwischen dem Reich und den Ländern in die Scheuer gefahren. Noch harret das störrische Problem der Zolltarife der Lösung. Man wird aber annehmen dürfen, daß auch hier der letzte Kompromiß nach den unendlich vielen anderen gefunden wird. Freilich, ohne etwas sanfter Gewalt wird es auch hier nicht abgehen. Es ist nun einmal im parlamentarischen Regime nicht zu vermeiden, daß das sonst so hochgeprägte Mehrheitsprinzip der Demokratie auch einmal jene trifft, die es sonst gerne verwenden, um die anderen zu schlagen. Wenn sich dabei die demokratische und noch mehr die sozialdemokratische Presse ereizt und sich gebärdet, als ob sich das Verhalten der Regierungsparteien mit diktorianischen Verfolgungen oder Dragonaden Ludwigs XIV. auf eine Stufe stellen ließe, ist dies ein freches mit Feindwischen und gleichzeitig ein Zeichen großer Ungeheuerlichkeit. In den Zeiten, als die Linke die Mehrheit hatte, also vor allem in der Weimarer Nationalversammlung, wurden Bedenken, Anregungen und Wünsche der Opposition rücksichtslos niedergestimmt. Gerade diese Reichsfinanzgesetzgebung, die im Laufe der Jahre zu unerträglichen Folgen führte, und jetzt wieder reformiert werden mußte, wurde von ihrem geistigen Vater Erberger mit der trivialen „Begründung“ durchgedrückt: „Was kümmern mich Ihre Gründe! Ich habe die Mehrheit!“ Die gegenwärtige Mehrheit ist nicht in die Fußstapfen Erbergers getreten. Sie hat sich bereitwillig Bedenken der Opposition nicht verschlossen, wenn sie auch natürlich nicht in allen Punkten nachgeben konnte. Aber dem hauptsächlichsten Stein des Anstoßes, der Umsatzsteuer, sind doch einige Ecken und Kanten abgeschliffen worden, und auch bei der Einkommensteuer konnten verschiedene unbillige Härten vermieden werden. Wie sehr die Oppositionspresse die Unwahrheit sagt, wenn sie von der „brutalen Niederknüpfung der Opposition“ erzählt, beweist der Katalog der Verbesserungen, deren Durchsetzung sie sich rühmt. Im übrigen ist der ganze Streit müßig. Gerade unsere Linie pflegt sonst die westliche Demokratie über den Schellentönig zu loben. Aber gerade im englischen Unterhaus, dem geprüften Muster parlamentarischen Gebarens, ist es gang und gäbe, daß die regierende Mehrheit, wenn es not tut, rücksichtslos ihren Willen durchsetzt. Eine Kompromisslust, wie sie im Reichstag üblich ist, freilich eine Folge der Vielheit der Parteien, ist bei den allerdings vereinfachteren Verhältnissen im englischen Unterhaus unbekannt. Die jeweilige Opposition im Unterhaus findet an einem derartigen Verhalten der Mehrheit nichts dabei, weil sie schließlich im Fall ihrer Herrschaft genau so handeln würde. Im Reichstag sind denn auch bald die wilden Schreier nach Obstruktion verstummt und im Lauf der letzten Tage und Wochen hat sich so etwas wie ein neuer parlamentarischer Kommentar entwickelt, mit dem alle Teile verhältnismäßig zufrieden waren. Daß die Regierungsmehrheit nach der getragenen zwölfstündigen Sitzung sich ihres Erfolges freute, ist begreiflich. Wenn auch voraussichtlich die Steuergesetze in der Folge manche Veränderungen werden erfahren müssen, ist doch der Grund gelegt worden, auf dem man aufbauen kann.

Das Verhalten der Opposition verdient noch einige Kommentierung. Leber die absolut negative Einstellung der Nationalen und der Kommunisten ist kein Wort zu verlieren. Dagegen verdient die Art und Weise, wie die demokratische Partei ihre Opposition durchführte, Anerkennung. Wenn sie auch in ihrer Gesamtheit gegen die Gesetze gestimmt hat, so hat sie sich doch nicht der Blarney erlassen. Ihr Verhalten gleicht also dem der Deutschen Volkspartei in Weimar und im Reichstag während der Jahre 1920 und 1921. Die Politik der Sozialdemokratie dagegen wird von Tag zu Tag unverständlicher. Daß sie als Hauptträger der Opposition über die Vorfeldkämpfe hinaus versucht, die Positionen des Gegners zu berennen, ist ihr gutes Recht. Aber ihre Strategie erinnert lebhaft an den chinesischn-japanischen Krieg, in dem die Chinesen den technisch auf das modernste ausgerüsteten Japanern mit hölzernen Kanonen und alten Vorderladern entgegentraten. Das bekannte Urteil über die Bourgeoisie gilt auch für die Sozialdemokraten: „Sie haben nichts gelernt und haben nichts vergessen!“ Sie, die den anderen immer vorhalten, daß sie umzulernen hätten, kämpfen unentwegt mit den alten Wortmühen aus den Urjahren der Partei von 1890 und noch früher. In der Tat, kein alter Bodenhalter war so verstaubt, daß er nicht doch noch während der Debatten in den vergangenen Wochen eine fröhliche Urständ gefeiert hätte.

Daß mit einer derartigen Politik nichts oder zum mindesten nicht viel erreicht wird, liegt auf der Hand. Dennoch ist sie den Nationalen gegenüber innerhalb der Sozialdemokratie noch viel zu mißbillig. Das beweist die Kritik, die am vergangenen Sonntag auf einem Vorlesung der Berliner Bezirksorganisation der SPD, geübt wurde. Einige Sprecher verurteilten die Reichstagsfraktion auf dem Hintergrund der Kommunisten, die es allein richtig verstanden, sich an der Front zu stellen. Nun ist aber bekannt, daß den prominenten Sozialdemokraten, die sich um eine Obstruktion gar nicht zu bemühen, die Politik der Sozialdemokratie über die Vorfeldkämpfe hinaus versucht, die Positionen des Gegners zu berennen, ist ihr gutes Recht. Aber ihre Strategie erinnert lebhaft an den chinesischn-japanischen Krieg, in dem die Chinesen den technisch auf das modernste ausgerüsteten Japanern mit hölzernen Kanonen und alten Vorderladern entgegentraten. Das bekannte Urteil über die Bourgeoisie gilt auch für die Sozialdemokraten: „Sie haben nichts gelernt und haben nichts vergessen!“ Sie, die den anderen immer vorhalten, daß sie umzulernen hätten, kämpfen unentwegt mit den alten Wortmühen aus den Urjahren der Partei von 1890 und noch früher. In der Tat, kein alter Bodenhalter war so verstaubt, daß er nicht doch noch während der Debatten in den vergangenen Wochen eine fröhliche Urständ gefeiert hätte.

ten Parlamentarismus nicht, der ja die höchste Stufe der Republik ist. Die Partei kann daher die Politik und Steuerpolitik nur mit den Mitteln sozialer Opposition im Rahmen der Verfassungsordnung des Parlamentarismus bekämpfen, und sie habe mit dieser Politik einen viel größeren Erfolg erzielt, als sie hätte erzielen können, wenn sie Konstruktiv getrieben hätte. Diese Worte Bernheims enthalten das bemerkenswerte Eingeständnis, daß die Sozialdemokratie eigentlich gegen Zoll und Steuern nichts einzuwenden habe. Im übrigen war noch von Interesse die Annahme eines Antrages, der den Parteivorstand aufforderte, dahin zu wirken, daß die Wahlen im Jahre bei offiziellen Reden solche Worte zu wählen, die keinen Zweifel an der Zugehörigkeit der Betroffenen zu der SPD. aufkommen ließen. Als Begründung dieser Forderung wies die Antragsteller auf die Rede des Oberpräsidenten von Preußen hin, die dieser beim Scheiden Hindenburgs aus Hannover gehalten habe! Wiso Vorgesetzter für die Redner der Reichstags!

Der bevorstehende Heidelberger Parteitag der Sozialdemokratie wird zweifellos zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen den beiden Richtungen führen. Auf der einen Seite stehen die aktiven und dynamischen Parlamentarier, die etwa die Rolle der früheren revolutionären Sozialdemokraten spielen. Auf der anderen Seite befinden sich die Unentschiedenen, die sich in der Hauptsache aus den früheren Unabhängigen zusammensetzen. Sie sind es vor allem, die bei der Abfassung des neuen Parteiprogramms die Ausschüsse anregen haben. Dr. Richard Bahr, unser Berliner Vertreter, hat für sie die treffende Bezeichnung „Marxbarde“ gewählt, weil der neue Entwurf eine noch lebhaftere Bewandlung zum Erfurter Programm hin und um marxistischer Redensarten bedeutet, als das Göttinger Programm. Die Präambel, die grundsätzliche internationale Teil nimmt dieses im Wortlaut mit dem Dekret von Chartres überein. In dem Gesamtprogramm, das für alle Dinae und noch einmal, vom Obersten bis hinunter zum Problem des Kreislaufes eine handliche Formel zu finden beabsichtigt ist, gibt sich die Sozialdemokratie, wie einst in ihrer Sündenzeit, als Arbeiterpartei. Die Erinnerung daran, daß sie unzulänglich in Reich und Ländern den Staat zu gestalten und auch in andere Schichten hinüberzuweisen versucht hat, scheint ihr erloschen zu sein. Man ist Arbeiterpartei sans phrase und ist Klientelpartei. Und hat, obgleich man Reich und Länder Präsidenten und Minister ohne Zahl hat, zum Staat nun wieder kein Verhältnis. Das Kapital über internationale Politik ist von einem anderen Studenten Trödel. Ein paar positive Punkte, das Selbstbestimmungsrecht der Völker, über das nachher alle Welt bei uns einig wurde, schließlich ein bisschen Panuropa. Vom Staat ist in diesem Kapitel, das doch von der Selbstbehauptung von Staat und Nation zu sprechen hätte, überhaupt nicht die Rede. Weltwirtschaft, die sozialdemokratischen Lehren stehen allemal zu Berge. Das Erfurter Programm bis zu dem neuen Heidelberger bewegt man sich im Kreis. Man wird sich auch weiterhin in ihm bewegen, solange man den Marx-Engelschen Relativitätslehre auf dem Fus durch die Lebenswirklichkeit mitschleift. Entschieden wird erst möglich, wo die dogmatische Gehirnenheit aufhört. Es bleibt ein wenig paradox, aber es ist wirklich nicht so unrichtig: Internationalität ist diese deutsche Sozialdemokratie eine Reaktion. Das kann sich ändern. Die Sozialdemokratie mag wieder eine sozialpolitische Partei werden. Sie war es im Kreis und auch nach dem Zusammenbruch schon einmal. Da schien sie das Verhältnis zum Staat gefunden zu haben, das, wie dieser neue Programmtext zeigt, bis auf die letzte Erinnerung an ihrem Vorstellungsreis endschwand.

Wn der Sozialdemokratie, die schon auf dem besten Wege war, eine demokratisch-sozialistische Arbeiterreformpartei auf nationaler Grundlage zu werden, wiederholt sich Altherblich Eingeständnis: „In eigener Hand hat sie sich selbst!“ Sie steht vor der Entscheidung, sich weiter am Staat zu beteiligen, den sie selbst mit geschaffen hat, oder sich auszuschalten. Im ersten Falle muß sie den alten Ballast über Bord werfen, im zweiten verurteilt sie sich selbst zur Einstufung. Das ein Ableben stehen ja noch mehr, eine Staatsfeindlichkeit, im Interesse der Weiterentwicklung Deutschlands nicht zu wünschen wäre, braucht nicht erst weiter ausgeführt zu werden. Da nach innerhalb der Sozialdemokratie viele Erkenntnis burghaus vorhanden ist, darf man schließlich nicht alle Hoffnung aufgeben, daß auf dem Dehland des Parteiführerismus noch noch einige Findungsblöße der Vernunft lagern werden.

Kurt Fischer

Erhöhter Brotpreis in Mailand

— Mailand, 8. Aug. Der Brotpreis in Mailand wird von heute ab um 25 Centesimi erhöht werden.

* Rumänien gegen die europäische Donaukommission. Nach einer Meldung aus Bukarest veröffentlicht Außenminister Dava eine Erklärung, in der die Entscheidung der europäischen Donaukommission über die Donaustraße zwischen Golaß und Braila als gleichmäßig bezeichnet wird. Bei aller Achtung vor dem Völkerbund könne Rumänien diese Entscheidung nicht annehmen.

* Ein stilles Appell an den Völkerbund. Wie aus Ungarn gemeldet wird, bereitet die ungarische Regierung einen Appell an den Völkerbund und an die Mächte vor, durch den sie, gestützt auf den Bericht der Völkerbundkommission die Rückgabe des Billalets Russen an die Türkei fordern wird.

Die Sünde der Tänzerin Magda Sovany

Roman von Hermann Weid

34) (Nachdruck verboten.)
 Ich legte mich auf die Bauer. Ich folgte Murani auf Schritt und Tritt. Das Dienstmädchen der Frau von Rezel bestand ich, daß es Gespräche seiner Herrin mit Murani belauschen solle. So erfuhr ich, daß Murani die Absicht habe, nach München zu fahren und dort er nur noch sein Automobil erwarte.
 Auch in Muranis Hotel hatte ich Kundschafter. Ich brachte dort in Erfahrung, daß Murani vier Briefe aus Konstanz, von einem Karina Brest, erhielt; dessen Adresse brühte ich.
 Murani schien sich gar keine Mühe zu geben, sich vor mir zu verbergen. Einige Male ging er an mir vorüber; er tat aber, als sei ich nicht da.
 Reduziert kam mein Kollege Hertrich aus Berlin, um dessen Entsendung nach Prag ich Herrn Streikster gebeten hatte. Unser Plan war schnell gefaßt. Ich durfte Murani fürs Erste nicht weiter verfolgen; das wäre gewiss gemessen. Hertrich, den Murani nicht kannte, sollte an meine Stelle treten. In einem Automobil, das mir gemietet hatten, sollte Hertrich unauffällig Murani auf dessen Fahrt nach München folgen. Ich aber wollte hierher vorausfahren, wobei mein Chef auch die Besondere sollte. Gemeinsam würden wir dann Murani hier abfangen. So hoffte ich, am ehesten zum Ziele zu kommen.
 Gespannt waren Edert und Greven den Ausführungen des Detektivs gefolgt.
 „Ihr Plan ist ausgezeichnet!“ sagte Greven. „Kann Edert fragen: Welche Zwecke Murani mit dieser Fahrt verfolgt, konnten Sie nicht in Erfahrung bringen?“
 „Wahrscheinlich nicht. Es erhebt mir aber mehr allem Zweifel, daß es sich nur um Fräulein Sovany handeln kann. Murani scheint ihren Aufenthalt hier zu lassen. Er wird mich verführen, um mich abzuschleichen, um ungehindert seine Pläne verfolgen zu können.“
 „Und wenn Murani unterwegs Verdacht schöpft und Ihrem Kollegen entwischt?“
 „Das ist kaum anzunehmen.“ erwiderte Braunfels. „Etwas Glück gehet auch zu unserem Besten; hoffen wir, daß es uns diesmal treu bleibt.“
 In der Frühe des folgenden Tages erhielt Braunfels folgenden Telegramm: „Prag abgefahren. Hertrich.“
 „Jetzt ist die Regel aus dem Nichts!“ sagte Greven. „Wann ging der Tag vorher. Eine unvorhergesehene Spannung lag über den drei Männern. Jede Stunde konnte eine neue Entdeckung bringen.“

Die französische Niederlage in Syrien

V Paris, 8. Aug. (Von unserm Pariser Vertreter.) Nach den neuesten Informationen aus Syrien scheint sich jetzt die Lage in unermesslicher Weise zu verschärfen. Die ausländischen Drusen haben eine französische Kolonne angegriffen und zum Rückzuge nach Czraa gezwungen. Die Franzosen erlitten ernste Verluste, sowohl an Offizieren als auch an Mannschaften und Material. Es gelang den Aufständigen bei dieser Gelegenheit ein Geschütz und etwa 100 mit Lebensmitteln beladene Wagen zu erobern. Danach haben sie die Stadt Seipa besetzt. Im Kriegsministerium werden heute diese Hindernisse besichtigt. Man erwartet noch genaue Klärung durch den Gouverneur von Syrien, General Serrail.

Die Drusen bilden einen kriegerischen Volksstamm von ungefähr 200.000 Seelen. Sie bewohnen das Bergland an der Grenze zwischen dem unter französischen Mandat stehenden Syrien und Palästina, dessen Mandatarinhaber aber England ist.

Die „Times“ will aus Jerusalem eine Bestätigung der Nachricht von der Einnahme Seipas erhalten haben. Ein großer Teil der Besatzung und der französische Hauptmann seien gefangen genommen worden. Die französischen Hilfstruppen aus Damaskus seien noch nicht eingetroffen. Eine französische Abteilung sei in einen Hinterhalt geraten. Französische Flugzeuge hätten die Druser der Luftschiffe bombardiert. Ein Bataillon, das in Beirut nach Marokko eingeschifft werden sollte, erhielt Befehl, sich zu dem Aufstandsbereich zu begeben. Die französischen Behörden ergriffen ersonliche Maßnahmen, um Damaskus zu verteidigen. Der Aufstand dehnt sich aus.

Amerikanische Kritik

(Spezialabteilung der United Press)

— New York, 8. Aug. Das allgemein als franzosenfreundlich bekannte Blatt „Public Ledger“ wendet sich heute energisch gegen Frankreich und dessen imperialistischen Zielen in Marokko. Seit Jahren, sagt das Blatt, habe die französische Politik die alleinige Kontrolle über Marokko zum Ziele gesetzt. Wenn der marokkanische Feldzug in der Erweiterung des Reiches in das französische Kolonialreich enden würde, so würde dieser wahrhaft imperialistische Traum einer Herrschaft über ganz Nordafrika verwirklicht sein. Die französische Regierung, fährt das Blatt fort, ist zwar nicht imperialistisch, aber es wäre nicht das erste Mal in der Geschichte, daß eine Regierung in der Praxis eine ihrer tatsächlichen Absichten diametral gegenüberlaufende Politik verfolgt.

Aus dem fremdenfeindlichen China

(Spezialabteilung der United Press)

— Peking, 8. Aug. Sechzig chinesische Dienstmädchen der hiesigen englischen Gesandtschaft, von denen einige schon über 20 Jahre in deren Diensten stehen, sind in den Streik getreten. Dieser Streik ist ein Symptom für die unter scheinbar ruhiger Oberfläche wachsende antienglische Bewegung, weswegen ihr eine über den Einzelfall hinausgehende Bedeutung beigelegt wird.

— Peking, 8. Aug. Freunde des vor kurzem bei einem Ueberfall auf eine Farm am Jungengraben ergriffenen amerikanischen Arztes Howard haben kürzlich einen Brief erhalten, in dem er schrieb, daß er von den Banditen auf behandelt und gepflegt wurde. Durch Ausübung keiner ärztlichen Kenntnisse hätte er sich eine angenehme Stellung unter den Banditen geschaffen. Trotz aller Bemühungen Offizier und privater Kreise ist es bisher weder gelungen, Howards Aufenthaltsort festzustellen, noch die Bedingungen für seine Freilassung zu erfahren.

Der französische Bankangestelltenstreik

Der Arbeitsminister Du Rofour empfing am Freitag die Bankdirektoren, mit denen er lange über die Lösung des Bankangestelltenstreiks verhandelte. Die Bankdirektoren erklärten, daß die Forderungen der Bankangestellten unbegründet seien. Ihre Gehälter seien schon zu wiederholten Malen in Anbetracht auf die Teuerung erhöht worden. Ihre Forderungen würden eine finanzielle Verheerung darstellen, die die Banken nicht tragen könnten. Der Streik werde auch auf kommunizierten Elementen geleitet und es sei den Bankdirektoren nicht möglich, sich einem kommunistischen Ultimatum zu unterwerfen.

Obgleich der Arbeitsminister und noch mehr Kollegen diesen Standpunkt nicht zu teilen schienen und von der Beilegung der Forderungen der Bankangestellten überzeugt sind, vermeiden sie es, in dem Konflikt einen Druck auf die Bankdirektoren auszuüben, die ganz gut wissen, daß der Erfolg der Anleihe von den Banken abhängt. Für Gollaux sei die Lage außerordentlich heikel. Man habe oft gesagt, daß die politische Rehabilitierung Gollaux davon abhängt, ob es ihm möglich sein werde, die Finanzen zu sanieren. Das Sanierungsamt läge aber in erster Linie von der Anleihe ab und sei nun durch den Streik ernstlich gefährdet.

Die nächste Nachricht kam erst am folgenden Morgen. Sie besagte, daß Murani in Eger übernachtet habe.
 Sie standen über die Karte gebeugt. Greven graute sich nachdenklich im Bart.
 „Sonderbar! der kürzeste Weg nach München wäre doch über Pilsen! Was soll dieser Umweg bedeuten?“
 „Wahrscheinlich ist München nur ein fingeriges Ziel.“ sagte Edert sorgenvoll. „Und während wir hier warten, führt uns Murani in anderer Richtung hinein!“
 Braunfels wollte davon nichts wissen.
 „Ich meine, wir sollten die nächsten Nachrichten ruhig abwarten.“
 „Wahrscheinlich ist Murani die Route über Eger vertrauter als jene durch den Bohmerwald.“
 Gegen Mittag kam ein Telegramm, das in Weiden aufgegeben war: „Guten Nachmittag Regensburg.“
 Sie atmeten auf. Nun stand es außer allem Zweifel, daß München das Ziel Muranis war.
 „Wenn alles klappert, kann Murani morgen nachmittag hier sein.“ sagte Greven.
 „Was werden wir dann unternehmen?“ fragte Edert und sah erwartungsvoll Braunfels an, der eingehend einen Plan von München betrachtete.
 „Genaueres läßt sich in solchen Fällen von vornherein nicht festlegen.“ sagte Braunfels. „Es wird jedenfalls das Beste sein. Murani am Eingang zur Stadt aufzuspüren und ihm dann unauffällig zu folgen.“
 „Und wenn er uns entweicht?“ warf Edert ein.
 „Ich werde die Aufgabe übernehmen und dafür sorgen, daß Murani mich nicht erkennt.“
 Am späten Abend traf von Hertrich die Nachricht ein, daß sie in Regensburg eingetroffen seien und am nächsten Tag in München sein würden.
 „Das geht ja alles programmgemäß.“ sagte Greven und schlug den Herren vor, noch ein Kaffee aufzusetzen. „Allzuweit mußte wir uns nicht auf die Straße zu bewegen. Eine kleine Wendeung hat uns, meine ich, ganz gut!“
 Am nächsten Morgen waren sie schon früh aus den Federn. Sie brachten nochmals alle Einzelheiten ihres Planes. Braunfels wollte, als Chauffeur verkleidet, vor der Stadt Murani erwarren und ihn dann in einigerem Abstand folgen. Greven und Edert sollten sich im Hotel bereithalten, um auf Braunfels' Nachricht hin sofort zu diesem Hotel zu kommen.
 „Ob Hertrich von unterwegs nochmals Nachricht gibt?“ fragte Edert zu Greven, mit dem er wartend im Hotel saß.
 „Von Bombardaten aus Konstanz er telegraphieren; doch hätte das keinen Zweck, da er vor seinem Telegramm hier wäre.“

Wichtige Beschlüsse des Reichsrats

[Berlin, 8. Aug. (Von unserm Berliner Büro.) Der Reichsrat beschloß sich in seiner öffentlichen Sitzung vom Samstag nachmittag mit den Beschlüssen des Reichstags zu den Steuererleichterungen. Ministerialrat Dr. Haas als Berichterstatter der Ausschüsse berichtete zusammenfassend über die Beschlüsse des Reichstags zum Einkommensteuergesetz, Körperschaftsteuergesetz, Reichsbewertungsgesetz, Vermögens- und Erbschaftsteuergesetz, zum Gesetz über den Verlehrssteuern und des Verfahrens zum Gesetz über die gegenständlichen Verlehrssteuern des Reichs, der Länder und Gemeinden, sowie zu dem Gesetz über den Verlehrssteuern von Verlehrssteuern und über Ansetzungen der Bier- und Tabaksteuer. Der Berichterstatter empfahl namens der Ausschüsse von den Beschlüssen des Reichstags Kenntnis zu nehmen, ohne Einspruch zu erheben.
 Sowohl der Reichsrat als auch der bayerische Reichsrat sprachen sich ausdrücklich gegen die Beschlüsse des Reichstags aus, wolle aber angesichts der beiderseitigen Lage doch ihre Zustimmung geben. Der bayerische Vertreter hebt einen Vorbehalt gegen die Biersteuer besonders hervor.

Für Baden erklärt Ministerialdirektor Kempff

Baden habe bei der Beratung der Steuererleichterungen, besonders des Einkommens- und Erbschaftsteuergesetzes eine Reihe von Anträgen gestellt, damit eine sozialere Gestaltung dieser Gesetze ermöglicht werden sollte. Der Reichsrat habe diese Anträge abgelehnt. Die Festsetzung, daß bei der Beratung im Reichsrat eine bessere Gestaltung der Gesetze erzielt werden würde, ist nur zum Teil erfüllt, besonders bezüglich der Lohnsteuer.

Der Reichsrat beschloß hierauf gegen die Stimmen des Berichterstatters der Provinz Sachsen und Groß-Berlins, Oberpräsident Körner, von den Reichsratsbeschlüssen zu den genannten Gesetzen Kenntnis zu nehmen ohne Einspruch zu erheben.

Zu dem Gesetz über den Finanzausgleich hat der Reichsratsausschuß zwei Entschlüsse angenommen. Der Reichsrat beschloß ferner gegen die Stimmen Bayerns und Hessens von den Reichsratsbeschlüssen zum Finanzausgleich Kenntnis zu nehmen, ohne Einspruch zu erheben. Die beiden Entschlüsse wurden einstimmig angenommen.

Letzte Meldungen

Die Typhuserkrankungen in Hanau

— Hanau, 7. Aug. Die Zahl der an Typhus erkrankten Personen in der Stadt Hanau hat sich vermehrt. Bis heute sind in die Krankenhäuser eingeliefert 39 Kranke. Todesfälle sind bisher nicht zu verzeichnen. In der Mehrzahl handelt es sich um Erkrankungen an Unterleibstypus.

Reichspräsident Hindenburgs Besuch in München

— München, 8. Aug. Wie nunmehr feststeht, wird Reichspräsident v. Hindenburg am kommenden Mittwoch, den 12. August, vormittags in München einreisen. Mittwoch vormittags 8.10 Uhr beginnt sich der Reichspräsident mit einem Sonderzug ins bayerische Hochland.

Ein schwerer Bergsteigerunfall

— München, 8. Aug. Bei der Besteigung des Hochfollers in den Berchtesgaden Alpen gerieten fünf Touristen am Neuen Fingertberg in einen Schneesturm. Dabei sind der Kommissarverwalter Johann Josef Gruber aus Reichenhall und der Kaufmann Friedrich Witt aus München zu Tode gekommen. Sie sind ertrunken. Der Weggefährte Rudolf Feldner aus Reichenhall wurde mit ersticktem Gliedern von der Rettungsmannschaft aufgefunden. Die beiden anderen Touristen kamen heil davon.

Ein Sohn des Geheimrats von Borjig tödlich verunglückt

— Jülich, 7. Aug. Auf einer Bergtour ist gestern der Sohn des Geheimen Kommerzienrats Konrad von Borjig, Hans von Borjig, tödlich verunglückt. Er geriet mit mehreren Begleitern in einen der jetzt in den Alpen zahlreich vorkommenden Schneestürme und stürzte ab. Seine Leiche konnte von einer Rettungsgesellschaft sofort aus Pontrefino abgehoben werden, geborgen werden.

Englische Kabinettsbildung?

Die „Labour Press“ berichtet einen Artikel, in dem der sonderbaren Vermutung Ausdruck gegeben wird, daß Abgeordnete die Absicht haben, eine Konzentrationregierung, bestehend aus Konservativen und Liberalen, zu bilden und zwar gestützt darauf, daß in den Reihen der konservativen Partei offenbar Unstimmigkeiten beständen. Ein neues Kabinettsmitglied Lord George in dieser Zusammenlegung dürfte kaum mehr als sechs Monate Bestand haben.

Der Anilinfarbexport nach Amerika

(Spezialabteilung der United Press)

— New York, 8. August. Die Einfuhr von Anilinfarben für den vorerwähnten Monat stellt sich mit 677.000 Pfund als ein neuer Rekord dar, der den Export des Vorjahres um 400 Prozent übersteigt. Deutschlands Anteil betrug 57 Prozent, während er im vorjährigen Jahr nur 50 Prozent betrug. Der Anteil der Schweiz ist mit 32 Prozent unverändert.

Sie konnten beide die Erregung, die sie mehr und mehr beherrschte, nicht verbergen. Klaus rauchte eine Zigarette nach der anderen. Das Schachspiel, das Greven vorgeschlagen hatte, geben sie bald wieder auf, da sie ihre Gedanken nicht auf das Spiel konzentrieren konnten.
 Die Zeit schien träge dahin.
 Greven sah auf die Uhr.
 „Jetzt muß Murani bald in München einfahren.“
 Endend blickte der Portier in die Halle. Greven und Edert sprangen auf. Es hatte aber nicht ihnen gepostet.
 Stunde um Stunde verstrich; nichts geschah. Eine schwere, bedrückende Unruhe bemächtigte sich der beiden Männer.
 Die große Uhr im Saal schlug die vierte Nachmittagsstunde.
 „Warum Braunfels noch immer nichts von sich hören läßt?“ sagte Klaus Edert, schwere Sorge in der Stimme.
 „Wahrscheinlich ist Murani sofort weitergefahren, und Braunfels hinter ihm her.“
 Sie warteten und warteten. Nichts meldete sich.
 Der Portier kam ebenfalls auf sie zu.
 „Herr Braunfels wird am Telefon gewünchelt!“
 „Herr Braunfels?“
 „Ja. Aus Regensburg kommt der Anruf.“
 Bestürzt sahen Greven und Edert einander an. Was Regensburg? ... Was bedeutete das? ...
 Edert sagte:
 „Herr Braunfels ist ausgegangen. Ich werde das Gespräch annehmen.“
 Sie stiegen beide zur Telephonzelle. Greven nahm den zweiten Hörer ans Ohr.
 Der Detektiv Hertrich war am Apparat. Er verlangte, Braunfels zu sprechen.
 „Hier ist Doktor Edert. Herr Braunfels ist fort, um Murani bei seiner Ankunft hier abzuholen.“
 „Murani ist gar nicht nach München gefahren!“
 Entsetzen erfaschte die beiden Männer.
 „Nicht nach München? ...“
 „Auf rätselhafter Weise muß Murani entweicht haben, daß ich ihm folge. Er ist heute morgen von seinem Hotel in Regensburg abgefahren, und wie gewöhnlich bin ich ihm in entsprechendem Abstand gefolgt. Unterwegs habe ich von Zeit zu Zeit, wie ich das bisher ist, mich nach seinem Wagen erkundigt; niemand wollte ihn aber gesehen haben. Kurz entschlossen bin ich da nochmals nach Regensburg zurückgefahren. In dem Hotel, in dem Murani gewohnt hatte, und wo ich mich nach ihm erkundigte, fand ich einen an mich adressierten Brief vor.“

Wochenblatt

